

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 14.09.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:54 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel
Fortsetzungssitzungstermin:	Donnerstag, 21.09.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:31 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglieder

Christoph Matthiessen CDU nur am 21.09.2023

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen nur am 14.09.2023

Gerrit Baars SPD

Alina Schultz CDU Vertretung für: Hendrik Thomascheski

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Ingrid Paradies WSI Vertretung am 21.09.2023 für Herrn Schlund

Ulrich Kloevekorn CDU Vertretung am 21.09.2023 für Herrn Schernikau

Jörg Hohner FDP nur am 14.09.2023

Klaus Koschnitzke FDP Vertretung am 21.09.2023 für Herrn Hohner

Manfred Schlund WSI nur am 14.09.2023

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung am 21.09.2023 für Herrn Dr. Sonntag

Torben Wunderlich CDU

Wolfgang Rüdiger SPD

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz

Umweltbeirat

Jens Peter Neumann Umweltbeirat

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Aylin Salimsada Jugendbeirat nur am 14.09.2023

Seniorenbeirat

Jürgen Lieske Seniorenbeirat

Verwaltung

Gernot Kaser	Bürgermeister	nur am 14.09.2023
Birgit Woywod	Fachdienstleitung Bauverw. und öffentl. Flächen	
Eva Schlensok	Stv. Fachdienstleitung Gebäudemanagement	
Jürgen Brix	Fachdienstleitung Ordnung und Einwohnerservice	
Christiane Maylahn	Leitstelle Umweltschutz	
Annette Boettcher	Fachdienst Bauverw. und öffentl. Flächen	
Peter Germann	Klimamanagement	nur am 14.09.2023
Mara Katharina Schlüter	Protokollführung	

Abwesend

Mitglieder

Hendrik Thomascheski	CDU	entschuldigt
Janik Schernikau	CDU	entschuldigt

Gäste:

Herr Hübener	Stadtwerke Wedel GmbH	TOP 4
Herr Meyerhoff	Stadtwerke Wedel GmbH	TOP 4
Herr Brüggemann	Bewerber Umweltbeirat	TOP 5.1
Her von Bruch	Bewerber Umweltbeirat	TOP 5.1
Herr Dieckmann	Bewerber Umweltbeirat	TOP 5.1
Frau Fischer	Bewerberin Umweltbeirat	TOP 5.1
Frau Mayer-Schwab	Bewerberin Umweltbeirat	TOP 5.1
Frau Sievers	Bewerberin Umweltbeirat	TOP 5.1
Herr Henze	Wirtschaftsrat GmbH	TOP 5.2
Herr Rein	Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Wedel	

26 Einwohner*innen

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie verpflichtet das bürgerliche Ausschussmitglied, Frau Alina Schultz, zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und zu Verschwiegenheit und führt sie in ihr Amt ein.

Die Vorsitzende unterrichtet das Gremium, dass der Tagesordnungspunkt 5.4 - Haushaltskonsolidierung Maßnahme Nr. A 5 (lt. BV 2023/030-1) Einforderung eines Nachlasses auf die Stromkosten gegenüber den Stadtwerken Wedel - und der Tagesordnungspunkt 7.4 - Mitteilung der Verwaltung zum aktuellen Sachstand Katastrophenschutz/Krisenmanagement der Stadt Wedel - von der Tagesordnung genommen werden. Sie begründet die Entscheidung mit der Erklärung, dass die Stadt Wedel bereits einen Großkundenrabatt erhält und somit die Einforderung eines Nachlasses gegenstandslos ist. Weiter führt sie aus, dass die vortragende Person zum Thema Katastrophenschutz und Krisenmanagement erkrankt ist. Der Vortrag wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Der Tagesordnungspunkt 7.8 - Ausbau Tinsdaler Weg (Vorplanung) - Abwägung der



Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) - wird auf die Position 7.1 vorgezogen.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte und die Änderung der Tagesordnung.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------------------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.06.2023 | |
| 4 | Aktueller Zwischenstand der kommunalen Wärme- und Kälteplanung in Wedel | MV/2023/057 |
| | Anfrage der SPD-Fraktion s. Anlagen zur Sitzung | |
| 5 | Beschlussvorlagen | |
| 5.1 | Wahl der Mitglieder des Umweltbeirates der Stadt Wedel | BV/2023/081 |
| 5.2 | Jahresabschluss und Gewinnverwendungsbeschluss 2022 der Stadtentwässerung Wedel | BV/2023/079 |
| 5.3 | Ausbau der Adalbert-Stifter-Straße und der Kantstraße (Vorplanung) - Abwägung der Stellungnahmen der Anliegerbeteiligung | BV/2023/085 |
| 5.4 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A 5 (lt. BV 2023/030-1)
Einforderung eines Nachlasses auf die Stromkosten gegenüber den Stadtwerken Wedel | BV/2023/091
gestrichen |
| 5.5 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A 6 (lt. BV 2023/030-1)
Einforderung eines Nachlasses auf die Kosten der Wärmeerzeugung gegenüber den Stadtwerken Wedel | BV/2023/092 |
| 5.6 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1. 30 (lt. BV 2023/030-1)
Reduktion der Spielplätze von 45 auf 30 | BV/2023/109 |
| 5.7 | HH-Konsolidierung 2024ff - Gemeindestraßen - Deckschichtsanierung | BV/2023/080 |
| 5.8 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. 56 (lt. BV 2023/030-1)
Abschaffung von Monats/Jahrestickets für Stellplätze in der B+R Anlage | BV/2023/084 |
| 6 | Straßenreinigung | |

- | | | |
|--------|---|-----------------------------------|
| 6.1 | Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion:
Straßenreinigungsgebühren: 7 Fragen, 7 Antworten (unter:
Stadt Wedel, Leben in Wedel) | MV/2023/055 |
| 6.2 | Antrag der SPD-Fraktion zur Straßenreinigungs- und -
gebührensatzung (StruGS) | ANT/2023/014 |
| 7 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 7.1 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1.2
Aktualisierung der Sondernutzungssatzung | MV/2023/067 |
| 7.2 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1.14
Aktualisierung Feuerwehrgebührensatzung | MV/2023/066 |
| 7.3 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1. Nr. 37 (lt. BV 2023/030-1)
Erhöhung/Einführung von Parkgebühren im gesamten
Stadtgebiet
hier: Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum gem.
Straßenverkehrsgesetz | MV/2023/065 |
| 7.4 | Mitteilung der Verwaltung zum aktuellen Sachstand
Katastrophenschutz/Krisenmanagement der Stadt Wedel | MV/2023/061
verschoben |
| 7.5 | Neubau Johann-Rist-Gymnasium - aktueller Sachstand zur
Baumaßnahme:
abgestimmtes Raumprogramm, Stand der Bauausführung,
Kostenentwicklung | MV/2023/063 |
| 7.6 | Vorstellung der Planung für die Neugestaltung des
Schulgeländes der Gebr.-Humboldt-Schule | MV/2023/056 |
| 7.7 | Neubau Südflügel Gebrüder-Humboldt-Schule,
Neugestaltung des Schulhofes 1. BA, Umwidmung einer VE | BV/2023/126 |
| 7.8 | Ausbau Tinsdaler Weg (Vorplanung) - Abwägung der
Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) | MV/2023/058
vorgezogen auf 7.1 |
| 7.9 | Stand der Durchführungen und Kostenentwicklungen
wichtiger Hochbauprojekte
sowie Außenanlagen. | MV/2023/073 |
| 7.10 | Bericht der Verwaltung | |
| 7.11 | Sachstand Schulbau in Wedel | |
| 7.12 | Anfragen der Politik | |
| 7.12.1 | Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.06.2023 hier:
Beantwortung der Fragen zum Thema "Carsharing" | MV/2023/064 |
| 7.12.2 | Anfrage der SPD-Fraktion: Feuerwehrwache in Wedel | ANF/2023/010 |
| 8 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | |
|----|--|
| 9 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der
Sitzung vom 29.06.2023 |
| 10 | Beschlussvorlagen |



10.1 Haushaltskonsolidierung - Maßnahmen A1.5 und A1.35 sowie BV/2023/106
 B.55 - Straßenbeleuchtung (Nachlass auf Stromkosten,
 Verlängerung der Nachtabstaltung, Rückübertragung an
 Stadt)

11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Nichtöffentlicher Bericht der Verwaltung

11.2 Nichtöffentliche Anfragen der Politik

12 Sonstiges

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine Fragen aus der vergangenen Sitzung vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr vom Bruch fragt an, ob es der Feuerwehr Wedel möglich ist, das Gebiet Wedel-Nord innerhalb der vorgeschriebenen Rettungswegezeit zu erreichen.

Herr Rein, Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Wedel, erklärt, dass das rechtzeitige Erreichen des Einsatzorts möglich ist. Die Verkehrslage sollte zu gegebener Zeit neu bewertet werden.

Frau Hagemann bringt drei Anliegen vor:

- 1.) Sie zeigt die Parkplatznot im Gebiet des Elbhochufers an. Sie regt die Möglichkeit des Anwohnerparkens an und/oder eine Vereinbarung mit Netto zur privaten Nutzung des Parkplatzes.
- 2.) Weiter erklärt sie, dass sie aus beruflichen Gründen häufig nachts nach Hause kommt. Auf dem Weg, vom Auto nach Hause trifft sie oft auf junge Menschen, die sie am Passieren hindern. Auch vernimmt sie Aktivitäten vom Spielplatz. Sie bittet um mehr Sicherheit.
- 3.) Aufgrund der hohen Nachbarshecken ist es ihr nicht mehr möglich, die Elbe vom Haus aus zu sehen. Sie bittet um Auskunft, was die Stadt Wedel zur Einhaltung der Heckenhöhe unternimmt.

Zu 1.) Herr Kaser äußert sein Verständnis zu der benannten Parkplatzsituation. Die Problematik ist bereits bekannt. Aufgrund der Enge des Gebiets ist es der Stadt nicht möglich, einen Platz zum Ausweichen zu schaffen.
Die Vorsitzende sieht die Notwendigkeit einer Steuerung und verweist auf die bevorstehende Planung einer Parkraumbewirtschaftung. Bezüglich des Nettoparkplatzes gibt sie an, dass es sich um ein privates Grundstück handelt. Es besteht keine Verfügungsgewalt der Stadt hierüber.

Zu 2.) Herr Brix verweist auf die Zuständigkeit der Polizei.

Zu 3.) Die Fraktion die Grünen verweist auf das Nachbarrechtsgesetz sowie auf die Schiedsfrau Frau Fitschen.

Herr Krause weist auf die schlechte Parkplatzsituation in der Kantstraße hin. Er erklärt, dass viele Anlieger in der Straße keine Möglichkeit haben, auf ihrem Grundstück einen Parkplatz zu errichten und daher auf den öffentlichen Parkraum angewiesen sind. Auch hat der Neubau von Adlershorst zu einer Verschärfung der Parkplatznot beigetragen. Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass weitere Autos von den Anliegern angeschafft werden, da die Tendenz zu mehreren Autos pro Haushalt geht. Bezüglich des Ausbaus der Straße äußert er die Befürchtung, dass weitere öffentliche Parkplätze wegfallen könnten und auch, dass private Parkplätze durch die Errichtung von Pflanzinseln nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. Zur Anliegerbeteiligung wendet er ein, dass in dieser nicht ausreichend die Stimmen für die Parkplatzerhaltung gewertet wurden. Er bittet um Vertagung der Beschlussfassung.

Des Weiteren möchte er in Erfahrung bringen, wer ihm eine Auskunft zur geplanten Fernwärmeversorgung geben kann.

Frau Finger beklagt ebenfalls die schlechte Parkplatzsituation im Elbhochufer. Sie bittet um Auskunft, ob der Bebauungsplan für dieses Gebiet noch in Kraft ist. Weiter erfragt sie die Möglichkeit eines direkten Zugangs zur Elbe über die Stichwege der Königsbergstraße. Frau Woywod erklärt, dass die Zuständigkeit für beide Anliegen im Bereich des Fachdienstes Stadt- und Landschaftsplanung liegen.

Frau Hinz äußert sich zur Beschlussvorlage zur Reduktion der Spielplätze. Sie bittet um den Erhalt des Spielplatzes im Rebhuhnweg für Kleinkinder. Der Kinderspielplatz im Meisenweg sollte im Gegenzug für ältere Kinder hergestellt werden. Ihre Aussage wird von fünf anwesenden Kindern gestützt.

Herr Pflüger äußert seine Besorgnis über den stetigen Anstieg der Gewässerspiegel. Er fordert die Stadt zum Handeln auf.
Er wird auf die Präsentation der kürzlich durchgeführten Veranstaltung des Umweltbeirates zum Thema Deichsicherheit aufmerksam gemacht. Diese wurde online zur Verfügung gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat erinnert an seine Forderung nach 2,50 m breiten Gehwegen beim Ausbau der Straße Tinsdaler Weg.
Bezüglich der BV/2023/106 (Haushaltskonsolidierung - Maßnahmen A1.5 und A1.35 sowie B.55 - Straßenbeleuchtung (Nachlass auf Stromkosten, Verlängerung der Nachtabstaltung, Rückübertragung an Stadt)) im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird um Auskunft gebeten, ob die Senioren durch die Nachtabstaltung betroffen sein könnten. Frau Woywod verneint die Besorgnis.

Der Jugendbeirat macht auf die Jugendvollversammlung am 20.09.2023 aufmerksam.

Der Umweltbeirat informiert über seine erfolgreiche Veranstaltung zum Thema Deichsicherheit.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.06.2023

Es liegen keine Änderungswünsche vor.

Die Vorsitzende lässt den öffentlichen Teil des Protokolls der Sitzung vom 29.06.2023 zusammen mit dem nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Beschluss:

Der öffentliche/nichtöffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	8	0	2



CDU-Fraktion	2		1
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	2		1
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

4 **Aktueller Zwischenstand der kommunalen Wärme- und Kälteplanung in Wedel**

MV/2023/057

Anfrage der SPD-Fraktion s. Anlagen zur Sitzung

Herr Germann, Herr Hübener (Stadtwerke Wedel GmbH) und Herr Meyerhoff (Stadtwerke Wedel GmbH) unterrichten das Gremium, dass sie gerne eine Präsentation über den aktuellen Zwischenstand der kommunalen Wärme- und Kälteplanung gehalten hätten. Jedoch verhält es sich so, dass der hierfür notwendige Workshop ausgefallen ist und daher eine Sprachfähigkeit frühestens zum nächsten Ausschusstermin vorliegen wird. Auch soll die Anfrage der SPD-Fraktion per Mitteilungsvorlage zum nächsten Termin beantwortet werden.

Generell kann mitgeteilt werden, dass die Datenerhebung bisher gut läuft und die Potenzialanalyse im vierten Quartal vorgestellt werden kann.

Anfang des Jahres 2024 soll dem Rat der Stadt Wedel eine Beschlussvorlage zum weiteren Vorgehen vorgelegt werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Hübener, dass die Versorgung des gesamten Stadtgebietes mit Fernwärme rein technisch durchaus möglich wäre, aber die wirtschaftliche Seite des Unterfangens, auch mit Blick auf Wärmebereitstellungskosten für Endverbraucher, fragwürdig ist. Der Einzelfall ist zu prüfen, da auch individuelle Lösungen gefunden werden müssen. Beispielsweise ist die Versorgung durch Wärmepumpen denkbar.

Ergänzend weist Herr Germann darauf hin, dass genau diese Frage der räumlichen Aufteilung in potenzielle Fernwärme- versus Einzelversorgungsgebiete mit Hilfe der Wärme- und Kälteplanung beantwortet wird.

Anlage 1 Zu TOP 4 Anfrage der SPD Fraktion Wärme- und Kälteplan

5 **Beschlussvorlagen**

5.1 **Wahl der Mitglieder des Umweltbeirates der Stadt Wedel**

BV/2023/081

Die Bewerber*innen für den Umweltbeirat 2023-2028 stellen sich in der Reihenfolge der Beschlussvorlage mit ihren persönlichen Daten und Motivationen kurz vor. Für die nicht anwesenden Bewerber, Prof. Dr. Kay-Christian Emeis und Nicole Petersen, verliest Frau Maylahn eine Kurzvorstellung.

Die Vorsitzende dankt den Bewerber*innen und freut sich auf die kommenden Beiträge des neuen Umweltbeirates.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Wedel, folgende

Personen für den Umweltbeirat zu wählen:

1. Jens Brüggemann
2. Maximilian vom Bruch
3. Ralph Dieckmann
4. Prof. Dr. Kay-Christian Emeis
5. Beatrix Fischer
6. Cornelia Mayer-Schwab
7. Jens Neumann
8. Nicole Petersen
9. Bianka Sievers

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

**5.2 Jahresabschluss und Gewinnverwendungsbeschluss 2022 der
Stadtentwässerung Wedel**

BV/2023/079

Herr Henze (Wirtschaftsrat GmbH) stellt gemäß der Anlage die wichtigsten Zahlen des Jahresabschlusses 2022 vor.

Auf Nachfrage erklärt Herr Seydewitz, dass eine Preisstabilität aufgrund einer Kostensteigerung im Bereich des Schmutzwassers nicht gewährleistet werden kann. Diese sind um rund 6 % angestiegen. Jedoch ist eine Kompensierung der Kosten durch die Verringerung des Niederschlagswassers möglich.

Weiter kündigt er eine Beschlussvorlage für die Gebührensatzung an.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss der Stadt Wedel stellt den Jahresabschluss der Stadtentwässerung Wedel für das Wirtschaftsjahr 2022 fest.

Es betragen

die Bilanzsumme	34.078.119,55 EUR
die Erträge	6.191.101,14 EUR
die Aufwendungen	6.154.416,38 EUR
der Jahresgewinn	36.684,76 EUR
der Bilanzgewinn	36.927,34 EUR

Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 36.927,34 EUR wird die Abführung an den Haushalt der Stadt Wedel in Höhe von 36.927,34 EUR beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Anlage 1 TOP 5.2 Schlussbesprechung SEW 14.09.2023

5.3 Ausbau der Adalbert-Stifter-Straße und der Kantstraße (Vorplanung) - Abwägung der Stellungnahmen der Anliegerbeteiligung

BV/2023/085

Frau Woywod informiert das Gremium über die Vorgehensweise bei der Planung von Straßenbauvorhaben gemäß der Richtlinie der Stadt Wedel. Hiernach wird allen Einwohner*innen die Gelegenheit gegeben, sich über einen Zeitraum von vier Wochen über die freigegebene Planung zu informieren, Anregungen zur Planung zu geben und/oder eine Vorzugsvariante zu benennen. In der vorliegenden Planung zur Adalbert-Stifter-Straße und der Kantstraße wurden die Eigentümer*innen/Anlieger*innen durch ein Schreiben informiert.

Die Abwägung der Stellungnahme der Anliegerbeteiligung stellt den nächsten Schritt der Richtlinie in der Vorplanung dar. Die Beschlussfassung ist dann der darauffolgende Schritt.

Frau Boettcher fügt ergänzend hinzu, dass es sich bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag nur um die Abstimmung der Abwägung handelt. Die detaillierte Planung, wie zum Beispiel über Parkbuchten oder Pflanzinseln, erfolgt erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Die Richtlinie der Stadt Wedel über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Planung von Straßenbauvorhaben wurde der Anlage zum Tagesordnungspunkt hinzugefügt.

Herr Eichberger von Die Linke führt aus, dass die Diskussion über den Erhalt von öffentlichen Parkplätzen stets Thema beim Ausbau von Straßen im Stadtgebiet ist. Nach seiner Auffassung stehen die öffentlichen Flächen der Allgemeinheit zur Verfügung und nicht den privaten Fahrzeugen. Es ist ihnen nicht unnötig viel Platz einzuräumen.

Die Fraktion Die Grünen pflichtet der Ausführung von Herrn Eichberger bei. Der Fokus ist auf die Bedürfnisse der Zukunft zu richten. So sind die öffentlichen Verkehrsmittel sowie das Fahrrad mehr in den Vordergrund zu stellen. Die Anliegerbeteiligung ist ein wichtiger Schritt im Verfahren, um Hinweise von den Bürger*innen zu erhalten, aber sie stellt nicht die richtungsweisenden Flanken. Eine gänzliche Zufriedenheit kann in diesem Bereich nicht erzielt werden. Weiter wird zu Bedenken gegeben, dass auch die Möglichkeit des Anwohnerparkens nicht kostenfrei ist.

Die WSI-Fraktion versteht den Unmut der Anwohner*innen und äußert Bedenken, dass diese nicht ausreichend mitgenommen wurden.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt die beigefügte Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Anlieger (gem. Anlage - Übersicht / Tabelle) sowie die Fortführung der Planungen zum Ausbau der Adalbert-Stifter-Straße und der Kantstraße, wie folgt:

a) **Adalbert-Stifter-Straße:** Ausbau als verkehrsberuhigter Bereich (Mischverkehrsfläche), inkl. Anlage von Parkmöglichkeiten und Pflanzinseln.

b) **Kantstraße:** Ausbau ähnlich Bestand, mit ein-/beidseitigen Gehwegen und Parkmöglichkeiten.

Die Träger öffentlicher Belange sind in den weitergehenden Planungsprozess einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

5 Ja / 1 Nein / 4 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	5	1	4
CDU-Fraktion			3
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion		1	
FDP-Fraktion			1

Anlage 1 Richtlinie der Stadt über die Beilung der Öffentlichkeit bei der Planung von Straßenbauvorhaben

5.4 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A 5 (lt. BV 2023/030-1)

BV/2023/091

Einforderung eines Nachlasses auf die Stromkosten gegenüber den Stadtwerken Wedel

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

5.5 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A 6 (lt. BV 2023/030-1)

BV/2023/092

Einforderung eines Nachlasses auf die Kosten der Wärmeerzeugung gegenüber den Stadtwerken Wedel

Die WSI-Fraktion weist den Vorschlag der Zurückstellung ab. Es sollte stets möglich sein, über einen besseren Preis zu verhandeln.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahme A6 "Einforderung eines Nachlasses auf die Kosten der Wärmeerzeugung gegenüber den Stadtwerken Wedel" zurückzustellen, bis mit der Wärme- und Kälteplanung der Stadt Wedel und der Transformationsplanung der Stadtwerke Wedel konkrete Maßnahmen zur Effizienzsteigerung vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

9 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	9	1	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion		1	
FDP-Fraktion	1		

5.6 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A1. 30 (lt. BV 2023/030-1)

BV/2023/109

Reduktion der Spielplätze von 45 auf 30

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag auf Vertagung, da der weitest gehende Antrag der Fraktion Die Grünen und auch der SPD-Fraktion zu spät für eine Beratung innerhalb der Fraktion eingegangen ist.

Der Jugendbeirat hält den Willen zur Einsparung für richtig, aber bemängelt, dass weder Kinder noch Jugendliche am Entscheidungsprozess beteiligt wurden. Er appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, dass zunächst eine Befragung stattzufinden hat und danach erst ein Beschluss zu fassen ist.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Grünen beanstanden, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport nicht an der Vorlage beteiligt wurde.

Frau Woywod erklärt, dass grundsätzlich im Beschluss zur Haushaltskonsolidierung die Reduzierung von Ausgaben bzw. Steigerung von Einnahmen im Vordergrund steht. So wurde bei dieser Maßnahme das Einsparungspotenzial in der Unterhaltung der öffentlichen Flächen betrachtet. Die frei werdenden Kapazitäten des Bauhofes stünden dann für andere Belange zur Verfügung. Aus Sicht der Verwaltung war es aber nicht möglich, der Vorgabe des Ratsbeschlusses (BV 2023/030-1) zur Gänze zu entsprechen, da eine unmittelbare Reduktion der Spielplätze von 45 auf 30, in der Kürze der Zeit, nicht planbar war. In Rücksprache mit dem Bauhof wurde daher ein Kompromissvorschlag erarbeitet, der sich in der Vorlage wiederfindet.

Die Fraktion Die Grünen unterstreicht ihren Antrag und die Formulierung des Ratsbeschlusses, nach dem das Kinderparlament vor Aufstellung eines Beschlussvorschlages gehört werden soll.

Es kommt zur Abstimmung der Vertagung.

Beschluss:

Der Antrag auf Vertagung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:



Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5.7 HH-Konsolidierung 2024ff - Gemeindestraßen - Deckschichtsanierung

BV/2023/080

Die Fraktion Die Grünen bezweifelt die Zweckmäßigkeit des Beschlusses, da sich hierdurch ein Sanierungsrückstau ergeben wird, der in den Folgejahren zu bewältigen ist.

Die CDU-Fraktion plädiert für eine geringere Streckung, da das Ergebnis der kommunalen Kälte- und Wärmeplanung neue Erkenntnisse und Handlungsbedarf aufzeigen wird.

Die SPD-Fraktion unterbreitet einen Änderungsantrag. Hiernach soll die Streckung der Deckschichtsanierung der Gemeindestraßen bis 2025 geführt werden. Es ist dann eine Neubetrachtung durchzuführen, um einen weitergehenden Beschluss zu treffen.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt die Streckung der Deckschichtsanierungen für Gemeindestraßen bis 2025, mit Einsparungen in Höhe von jährlich bis zu 100.000 € im Budget 5410010100 Gemeindestraßen.

Hiernach soll der Sachstand neu betrachtet und erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5.8 Haushaltskonsolidierung

BV/2023/084



Maßnahme Nr. 56 (lt. BV 2023/030-1)

**Abschaffung von Monats/Jahrestickets für Stellplätze in der
B+R Anlage**

Die SPD-Fraktion befürwortet die Einführung eines 6-Monate-Tickets und lehnt die Erhöhungen der vorgeschlagenen Tickets als „Kleckerbeträge“ ab. Als Begründung führt sie an, dass die Erhöhung zu gering sei und daher auf die Mehreinnahmen verzichtet werden kann.

Frau Woywod führt aus, dass die moderaten Erhöhungen der Tickets als Kompensierung zur Nicht-Abschaffung des Jahres- und des Monatsticket angedacht sind.

Die Fraktion Die Grünen spricht sich für den Beschlussvorschlag aus, da das gewohnte Angebotsspektrum erhalten bleibt und eine nutzerorientierte Erweiterung eingeführt wird.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Wedel den Beschluss zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

1. die Einführung des 6-Monats-Tickets in der Höhe von 40,00 € (inkl. MwSt.) für die Bike and Ride Anlage am S-Bahnhof in Wedel (Standort 2).
2. die Anhebung der Nutzungsentgelte für die Bike and Ride Anlage am S-Bahnhof in Wedel (Standort 2):
für das 1-Wochen-Ticket von 4,00 € auf 6,00 € (inkl. MwSt.) und
für das 1-Monat-Ticket von 8,00 € auf 12,00 € (inkl. MwSt.).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	8		2
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion			2
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

6 Straßenreinigung

**6.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion: Straßenreini-
gungsgebühren: 7 Fragen, 7 Antworten (unter: Stadt Wedel,
Leben in Wedel)**

MV/2023/055

Die SPD-Fraktion kritisiert die Beantwortung der eingereichten Fragen. Die Beantwortung ist nur ungenügend erfolgt und zum Teil werde auf vorangegangene Antworten der Anfrage verwiesen.

6.2 Antrag der SPD-Fraktion zur Straßenreinigungs- und -gebührensatzung (StruGS)

ANT/2023/014

Die SPD-Fraktion stellt ihren Änderungsantrag vor, der den Antrag auf der aktuellen Tagesordnung ersetzt. Die Fraktion unterrichtet das Gremium, dass sie sich von einem Rechtsanwalt hat beraten lassen und zu dem Schluss gekommen ist, dass zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses nicht ausreichend Informationen vorlagen und daher nicht die Tragweite des Beschlusses überschaut werden konnte. Die Einsicht in die Konten ist nötig, um die Hintergründe der Kostenentwicklung verstehen zu können. Weiter ist die Vorlegung des Kehrplans notwendig.

Frau Gärke führt aus, dass bei der Aufstellung der Kalkulation den gesetzlichen Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes gefolgt wurde. So dient der Durchschnittswert der IST-Zahlen der Jahre 2019, 2020 und 2021 zur Gebührenermessung. Im Rahmen der Satzungsstellung wurde die Kalkulation von ihr auf deren Stimmigkeit geprüft, wie es auch z.B. bei der Satzung der Stadtentwässerung geschieht. Sollte sich doch noch herausstellen, dass die Kalkulation Unstimmigkeiten aufweist, führt dies nicht unbedingt zur Ungültigkeit der Satzung. Durch die wiederkehrende Kalkulation im Drei-Jahresrhythmus, wird ein Ausgleich der Gebühren durch die gesetzliche Über- oder Unterdeckung erzeugt wird.

Die Fraktion Die Grünen stellt einen Antrag auf Vertagung zugunsten eines Runden Tisches. Der Tisch soll den Fraktionen die Möglichkeit bieten, sich umfassend über die verschiedenen Aspekte der Straßenreinigungs- und -gebührensatzung und ihrer Kalkulation bei den zuständigen Fachdiensten zu informieren. Das gewünschte Zahlenwerk der SPD-Fraktion ist nicht zielführend.

Herr Eichberger von Die Linke schildert, dass damals die Zustimmung zum Beschluss der Satzung gegeben wurde, weil eine Deckung der anfallenden Kosten herbeigeführt werden sollte. Eine Berücksichtigung des Einzelfalls hält er für nicht möglich, da die Straßen der Stadt Wedel unterschiedlich ausgestaltet und beschaffen sind.

Frau Gärke erachtet den Vorschlag eines Runden Tisches als geeignetes Mittel zur Aufklärung. Weiter informiert sie das Gremium, dass sie Rücksprache mit dem Fachdienst Steuern und Finanzen gehalten hat. Es sind rund 500 Widersprüche zu den versendeten Bescheiden, eingegangen. Die Widersprüche haben unterschiedliche Beweggründe, da nicht nur die Erhöhung der Gebühren, sondern auch die Berechnung der Straßenfrontmeter kritisiert wird. Laut Aussage des Fachdienstes wird bei einer fehlerhaften Berechnung der Straßenfrontmeter ein Abhilfebescheid erlassen. Dieser kann eine Erhöhung, wie auch eine Verminderung beinhalten. Der Versand der Widerspruchsbescheide ist zum jetzigen Zeitpunkt noch ausstehend.

Bezugnehmend auf den Antrag der SPD-Fraktion, erachtet sie den Gebührenvergleich mit den umliegenden Gemeinden als nicht zweckmäßig, da die Rechtmäßigkeit der eigenen Satzung von Bedeutung ist und damit die Ist-Zahlen der Maßstab sind. Eine Verminderung der Gebühren hätte lediglich über die Stellschraube des öffentlichen Anteils erreicht werden können.

Es kommt der Antrag der Fraktion Die Grünen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig



10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Die Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses wird um 21:54 Uhr unterbrochen.

Die Fortsetzung der Sitzung erfolgt am 21.09.2023 um 19:00 Uhr im Ratssaal der Stadt Wedel.

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Ingrid Paradies (WSI) und Herrn Ulrich Kloeveborn (CDU) zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und zu Verschwiegenheit und führt sie in ihr Amt ein.

Herr Rüdiger verliest die folgende Stellungnahme:

„Zum Thema: Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel

In Anbetracht der letzten UBFA-Sitzung möchte ich zur Geschäftsordnung Stellung nehmen, weil ich das wichtig für die kommenden Sitzungen finde.

Die Vorsitzende ist vor allen für die Durchführung der Sitzung im Ausschuss zuständig.

1. Der Rat (damit ist auch immer der Ausschuss gemeint) kann beschließen, dass für die einzelnen TOPs der Tagesordnung die Redezeit begrenzt wird.
2. Will die Ausschussvorsitzende sich als Rednerin beteiligen, so gibt sie während dieser Zeit den Vorsitz ab. M. E würde eine Klarstellung oder Ankündigung möglich sein, wenn für die Fraktion gesprochen wird.
3. Die Vorsitzende kann nicht das Wort einem Nicht-Mitglied des Ausschusses erteilen.
4. Jedes Mitglied kann sich durch Erheben der Hand zu Wort melden und das Wort wird in der Reihenfolge erteilt. Die Vorsitzende kann nicht die Redebeiträge beschränken.
5. Das Wort zur Geschäftsordnung muss jeder Zeit gegeben werden. Anträge und Bemerkungen dürfen sich nur auf die Beratung stehenden Angelegenheiten oder auf die Tagesordnung beziehen.

Ich bitte die Geschäftsordnung der Stadt Wedel einzuhalten.“

Die Vorsitzende erwidert, dass sei bei der Stellungnahme zur Geschäftsordnung die Begründung und die entsprechenden Bezüge zur vorgegangenen Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses vermisst.

Anmerkung: Der Tagesordnungspunkt 7.8 - Ausbau Tinsdaler Weg (Vorplanung) - Abwägung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) - wurde gemäß dem Beschluss der Tagesordnung vom 14.09.2023 auf die Position 7.1 vorgezogen. Die Beratung der Tagesordnungspunkt 7.1 und Folgende erfolgte im Anschluss.



7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

7.1 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A1.2

MV/2023/067

Aktualisierung der Sondernutzungssatzung

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A1.14

MV/2023/066

Aktualisierung Feuerwehrgebührensatzung

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A1. Nr. 37 (lt. BV 2023/030-1)

Erhöhung/Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet

MV/2023/065

hier: Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum gem. Straßenverkehrsgesetz

Die CDU-Fraktion lehnt die Einstellung der Brötchentaste ab. Es wird die Vermutung aufgestellt, dass die zu erzielenden Mehreinnahmen nicht ertragreich sind. Auch wird gegen den Wunsch der Kaufleute gehandelt.

Die FDP-Fraktion spricht sich für den Erhalt der Brötchentaste aus.

Die SPD-Fraktion befürchtet, dass durch die Erhöhung der Parkgebühren die Parkplatzsuchenden auf kostgünstigere Plätze ausweichen und diese dadurch übermäßig belastet werden.

Die Fraktion Die Grünen stellt ihren Antrag zur Maßnahme vor.

Sie stellt fest, dass die Stadt Wedel eine zu autofreundliche Stadt ist. Sie führt aus, dass die Brötchentaste den Autoverkehr fördert und daher ein Entgelt für das Parken gerechtfertigt ist. Weiter regt sie das Anwohnerparken gegen Entgelt an. Dass die Kaufleute nicht bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt wurden hält die Fraktion für bedauerlich, aber aufgrund des Zeitmangels für vertretbar.

Herr Brix erklärt, dass es sich bei der Maßnahme um eine Stadtverordnung handelt. Per gesetzlicher Vorgabe verhält es sich so, dass der Politik ein rechtliches Gehör gegeben werden muss. Ein Recht auf Mitbestimmung besteht jedoch nicht. Somit sind die mündlichen Anregungen, wie auch der Antrag, als Stellungnahme aufzunehmen. Zu den Bedenken, dass die Kaufleute nicht involviert wurden, teilt er mit, dass davon auszugehen ist, dass nicht in ihrem Sinne gehandelt wird. Dennoch ist die Abschaffung der Brötchentaste ertragsversprechend, da so schätzungsweise 20.000 € Mehreinnahmen erzielt werden.

7.4 Mitteilung der Verwaltung zum aktuellen Sachstand Katastrophenschutz/Krisenmanagement der Stadt Wedel **MV/2023/061**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

7.5 Neubau Johann-Rist-Gymnasium - aktueller Sachstand zur Baumaßnahme: **MV/2023/063**
abgestimmtes Raumprogramm, Stand der Bauausführung, Kostenentwicklung

Frau Schlensok stellt das Raumprogramm anhand der Anlage vor.

Zu der Bauausführung erläutert sie, dass der Zeitplan gut eingehalten und daher heute das Richtfest gefeiert werden konnte. Die Fertigstellung/Übergabe erfolgt voraussichtlich im dritten Quartal 2024.

Der Rummangel konnte mit einer Kompromisslösung behoben werden. So wurden statt 17 Klassenzimmern nun 19 errichtet.

Bezüglich der Kostenentwicklung führt sie aus, dass die ursprüngliche Planung nicht eingehalten werden kann. Der Ukrainekrieg, wie auch die Nachwirkungen von Corona haben zu Preisschwankungen/-steigerungen am Markt geführt. Zusätzlich stellte sich beim Abbruch des Gebäudes heraus, dass die Abbruchmaterialien mit Schadstoffen belastet waren. Fördergelder wurden bereits für die Baumaßnahme zugesichert und werden sukzessive abgerufen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Schlensok, dass der Neubau durch das BHKW im Bestandsgebäude versorgt wird. Hierfür wird eine unterirdische Trasse gezogen/verlegt.

Des Weiteren wurden auch alle Richtlinien zum Hochbau einer Schule berücksichtigt, so dass die Barrierefreiheit gewährleistet ist.

Zu den Außenanlagen führt sie aus, dass diese sich noch in der Planung befinden, da sie nicht zeitgleich mit dem Gebäude errichtet werden können. Hiervon betroffen sind sowohl die Fahrradständer wie auch der Sportplatz.

Anlage 1 JRG 761_5_MB 01_EG_1 - Erdgeschoss

Anlage 2 JRG 761_5_MB 02_OG_1 - 01 Obergeschoss

7.6 Vorstellung der Planung für die Neugestaltung des Schulgeländes der Gebr.-Humboldt-Schule **MV/2023/056**

Frau Schlensok präsentiert die Planung für die Neugestaltung des Schulgeländes anhand der Mitteilungsvorlage.

Ergänzend führt sie aus, dass die Planung in enger Zusammenarbeit mit dem Kollegium der Schule erstellt wurde und somit deren Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Das Gremium hinterfragt kritisch die eingestellten Kosten von 100.000 € für die Errichtung des Lehrerparkplatzes und dessen Sicherung.

Frau Schlensok nimmt die Kritik auf, um eine Klärung in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu erzielen.

Der Jugendbeirat hinterfragt die Wegbreite zum Eingangsbereich der Schule. Er stellt fest, dass die Schüler*innen häufig im Pulk laufen und dass dies meist konzentriert zeitgleich erfolgt. Es könnte daher im Bereich der Fahrradständer zu Engpässen kommen.

Frau Schlensok erklärt, dass auf Grund des Gebäudes kein großer Spielraum zur Verfügung steht und daher gegenseitige Rücksicht geboten ist.

7.7 Neubau Südflügel Gebrüder-Humboldt-Schule, Neugestaltung BV/2023/126
des Schulhofes 1. BA, Umwidmung einer VE

Frau Schlensok erläutert, dass die Umwidmung der VE notwendig ist, da anderenfalls der Bau nicht weiter fortgesetzt werden kann. Das Geld wurde im Nachtragshaushalt für den katholischen Kindergarten der Kirchen eingeplant, wird aber nun nicht mehr benötigt. Auf Wunsch des Gremiums wird sie in Erfahrung bringen, warum das Geld freigeworden ist. Die Vorsitzende unterrichtet das Gremium, dass die Vorlage nur zur Kenntnisnahme auf der Tagesordnung steht. Auf Wunsch könnte eine Empfehlung an den Rat per Abstimmung gegeben werden.

Die Mitglieder des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss sprechen sich für eine Abstimmung aus.

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Wedel die vorliegende Beschlussvorlage (BV/2023/126) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	10	1	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion		1	
FDP-Fraktion	1		

7.8 Ausbau Tinsdaler Weg (Vorplanung) - Abwägung der Stellung- MV/2023/058
nahmen der Träger öffentlicher Belange (TÖB)

Auf Wunsch der Vorsitzenden präsentiert Frau Boettcher eine Übersicht der bisher erarbeiteten Varianten.

Die Fraktion Die Grünen bringt ein, dass die Variante des ADFC eine Fahrbahnbreite von 3 m hat und nicht wie in der Abwägung dargestellt von 2,70 m. Der Rüttelstreifen, in einer Breite von 60 cm, ist je zur Hälfte der Fahrbahnbreite hinzuzufügen. Somit stellt die ADFC-Variante, die Variante mit der breitesten Fahrbahn dar. Alternativ schlägt die Fraktion vor, dass der Rüttelstreifen auch auf 40 cm verringert werden könnte. Die Breite ist in der holländischen Variante wohl durchaus gängig. Es wird eine erneute Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange verlangt, insbesondere der Verkehrsbetriebe (VHH).

Des Weiteren bringt die Fraktion die Frage aus der Einwohnerfragestunde des Planungsausschusses ein. Es wurde angefragt, ob die Verwaltung die Veränderung des Verkehrsflusses durch die holländische Variante geprüft hat und wie die Ergebnisse ausgefallen sind. Ergänzend wurde hinterfragt, ob in die Bewertung die Erfahrungen der Kommunen Senftenberg und Alkmaar eingeflossen sind.



Frau Boettcher erklärt, dass die Prüfung der Änderung des Verkehrsflusses keine gestellte Aufgabe war und diese Prüfung bei keiner der Varianten explizit erfolgt ist. Die Erfahrungen anderer Kommunen wurden auch nicht als Aufgabe gestellt, daher liegen keine Berichte vor. Generell lässt sich aber sagen, dass jede Gemeinde andere Gegebenheiten, Bedingungen und Bedürfnisse vorweist. Sie selbst hat die Stadt Senftenberg privat besucht und die ausgebaute Fahrradstraße in Augenschein genommen. Die Straße liegt nicht in einem Wohngebiet, wodurch keine öffentlichen Parkplätze benötigt werden. Der Busverkehr durchfährt die Straße nur aus einer Richtung. Auch ist die Straße flächenmäßig nicht mit dem Tinsdaler Weg zu vergleichen, da diese dort eine Breite von ca. 20 m vorweist.

Die SPD-Fraktion erinnert an den Wunsch des Seniorenbeirates, die Gehwege auf eine Breite von 2,50 m auszubauen. Weiter hinterfragt sie, wie dieser Wunsch kompatibel mit den dargestellten Varianten ist. Es wird um Klärung gebeten, ob die Effektivität eines Rüttelsteifens in einer schmalen Variante sinnvoll ist.

Die FDP-Fraktion folgert, dass die Kosten für den Ausbau der Straße von Jahr zu Jahr steigen werden und die Haushaltslage angespannt ist. Es wird angeregt den Tinsdaler Weg lediglich, mit geringen finanziellen Mitteln, zu sanieren.

Frau Woywod erklärt, dass der Ausbau der Straße Tinsdaler Weg bereits seit 1990 angedacht ist. Die Straße weist viele Risse, Lunken und Flicker auf. Ein kompletter Ausbau ist dringend notwendig.

Der Jugendbeirat erkennt den Konflikt zwischen dem Wunsch nach einem Radweg mit Hochbord und einem 2,50 m breiten Gehweg, da die Straße nicht ausreichend breit ist. Er sieht die Lösung in der Errichtung einer Einbahnstraßenvariante.

Die CDU-Fraktion bittet um Aufklärung über die Auswirkung eines Verstoßes gegen die Richtlinien bei Unterschreitung der vorgegebenen Fahrbahnbreite. Eine erneute Einholung einer Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange lehnt sie ab. Weiter bittet die CDU-Fraktion um eine Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr Wedel.

Frau Boettcher führt aus, dass ein Verstoß gegen die Richtlinien zunächst keine Auswirkungen hat, aber sollte ein Schadensfall eintreten, könnte die Stadt herangezogen werden.

Herr Rein, der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr, erklärt, dass er keiner Variante den Vorzug geben kann. Es stellt sich bei allen das Problem, dass die Kamerad*innen länger zur Feuerwache unterwegs sein müssen, um zur Weiterfahrt an den Einsatzort zu kommen. Die Rettungswegzeit kann so nur schwer eingehalten werden.

Des Weiteren führt das Gremium eine Diskussion über eine Veränderung des Vorbehaltsnetzes, um die Straße Tinsdaler Weg zu entlasten. Die Vorsitzende unterbricht diese Diskussion mit dem Hinweis, dass die Zuständigkeit hierfür dem Planungsausschuss und weiterführend dem Rat obliegt.

Anlage 1 Präsentation für UBFA - alle Varianten

7.9 Stand der Durchführungen und Kostenentwicklungen wichtiger Hochbauprojekte sowie Außenanlagen.

MV/2023/073

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.10 Bericht der Verwaltung

Frau Woywod informiert, dass die Liste der beitragsfähigen Erschließungsanlagen zusammen mit der Ausarbeitung des Gerichtsurteils dem Ausschuss Anfang 2024 vorgelegt wird. Von 230 Anlagen stehen noch ca. 30 zur Prüfung aus.

Die Entscheidung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Straßen Kleinsiedlerweg, Im Sandloch und Sandlochweg bleibt bestehen.

Herr Brix berichtet zu der Straße Rollberg, dass weitere Optionen bezüglich des sich begnenden Busverkehrs geprüft wurden, aber aufgrund des Bestandes die rechtlichen Optionen ausgeschöpft sind.

7.11 Sachstand Schulbau in Wedel

Frau Schlensok berichtet, dass ein Teilbereich der Albert-Schweitzer-Schule bereits abgebrochen wurde. Die Vorbereitungen für die Ausschreibungen sind bereits angelaufen.

Zur Gebrüder-Humboldt-Schule unterrichtet sie, dass der Anbau fertiggestellt wurde und zwei weitere Räume saniert werden.

In der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule stehen zurzeit keine größeren Maßnahmen an.

Der Jugendbeirat möchte in Erfahrung bringen, ob die Container auf dem Schulgelände des Johann-Rist-Gymnasiums nach der Fertigstellung des Neubaus verbleiben.

Frau Schlensok verneint die Frage, da die Kompromisslösung für die Errichtung von 19 Klassenräumen die Container kompensiert. Die Container werden nach der Inbetriebnahme des Neubaus zurückgebaut.

Die SPD-Fraktion fragt an, wann die Turnhalle der Albert-Schweitzer-Schule fertig gestellt wird. Frau Schlensok berichtet, dass die Arbeiten noch laufen. Das Datum zur erwarteten Fertigstellung wird nachgereicht.

7.12 Anfragen der Politik

Frau Maylahn berichtet dem Ausschuss, dass die Sandfänge des Mühlenteiches bereits ausgeschrieben wurden. Die Ausschreibung musste jedoch aufgrund der hohen Kostenentwicklung wieder aufgehoben werden. Eine erneute Ausschreibung wird zeitnah vorgenommen, um die Maßnahme noch dieses Jahr durchzuführen. Bezüglich der Teichrosen informiert sie, dass diese Maßnahme für das Haushaltsjahr 2024 eingeplant ist.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass der Weg Elbpark gepflastert und zum Teil mit Sand aufgeschüttet wurde. Sie möchte die Zuständigkeit in Erfahrung bringen.

Frau Woywod erläutert, dass die Arbeiten von der Stadtwerke Wedel GmbH vorgenommen wurden. Die Stadtwerke waren in der Pflicht, den ursprünglichen Zustand des Weges wiederherzustellen.

Die CDU-Fraktion informiert sich über die Schulwegsicherung in den Straßen Moorweg und Am Marienhof. Weiter erfragt sie eine Temporeduzierung auf 30 km/h in der Straße Lüländen für das Johann-Rist-Gymnasium.

Herr Brix erklärt, dass sich die Problematik bezüglich Schulwegsicherung jedes Jahr zum Schulbeginn aufs Neue ergibt. Die Politessen der Stadt Wedel sind bereits im Einsatz, um eine Sicherung zu erzielen. Allerdings findet diese Maßnahme nur wenig Zuspruch bei Eltern, die ihre Kinder per Auto zur Schule bringen.

Der Wunsch nach einer Temporeduzierung auf 30 km/h in der Straße Lüländen muss abge-



lehnt werden. Die rechtliche Bestimmung sieht vor, dass das Tempo nur unmittelbar vor einer Schule reduziert werden kann.

Die Fraktion Die Grünen schlägt die Einrichtung einer Schulstraße als straßenverkehrstechnisches Instrument vor. Herr Brix nimmt die Anregung auf.

Die CDU-Fraktion bringt die Möglichkeit eines Hochfahrpollers ein.

Die WSI-Fraktion schildert, dass sich die Geschäfte in der Bahnhofsstraße vermehrt auf den öffentlichen Wegen ausbreiten. Besonders die Gemüsehändler sind dabei auffällig.

Herr Brix berichtet, dass das Ordnungsamts bereits mit der Angelegenheit beschäftigt ist. So wird auf die Einhaltung der Sondernutzungssatzung geachtet und die notwendigen Gebühren erhoben.

**7.12.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.06.2023 hier: Beantwortung
der Fragen zum Thema "Carsharing"**

MV/2023/064

Die SPD-Fraktion dankt für die Beantwortung der Anfrage.

Ergänzend führt die Fraktion aus, dass im Bereich um Hannover die Firma Sprinti, vergleichbar mit MOIA in Hamburg, ein Fahrgastangebot bietet. Es besteht die Möglichkeit, dieses auch in Wedel anzubieten. Der Anbieter wurde bereits auf den Mobilitätsmanager der Stadt Wedel, Herrn Krasnicki, verwiesen.

Die Fraktion Die Grünen berichtet, dass Herr Krasnicki bereits zu den Dorfstromern Kontakt aufgenommen hat.

Die Vorsitzende bringt ein, dass dies ein Thema für den Planungsausschuss ist. Sie unterbreitet den Vorschlag, die Firma Dorfstromer in den Planungsausschuss einzuladen, damit diese Ihr Konzept vorstellen kann.

7.12.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Feuerwehrwache in Wedel

ANF/2023/010

Herr Brix schildert, dass der Zeitpunkt zur Beantragung von Fördermitteln noch nicht erreicht ist.

Bezüglich der Machbarkeitsstudie wird auf die Zuständigkeit von Frau Sinz verwiesen. Die Antwort wird nachgereicht.

Zum Parkplatz berichtet Frau Schlensok, dass bereits eine Befreiung zur Errichtung außerhalb des Baufensters, gem. B-Plan Nr. 51 genehmigt wurde. Die Genehmigung der Naturschutzbehörde ist noch ausstehend. Die Gelder für die Errichtung des Parkplatzes werden für das Jahr 2024 eingeworben.

Bezüglich der Unterrichtung der Unfallkasse Nord berichtet Herr Brix, dass diese für die Sicherheit der Wehr zuständig ist. Wo die Einsätze stattfinden ist für die Unfallkasse unerheblich.

Zu der letzten Frage führt Herr Brix aus, dass diese Problematiken bereits behoben wurden.

8 Sonstiges

Die Vorsitzende informiert das Gremium über den bevorstehenden Termin Runder Tisch am 12.10.2023 um 17.00 Uhr im Raum Wolgast des Rathauses. Der Termin dient dem Informationsaustausch zwischen den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung zum Thema Straßenreinigungs- und -gebührensatzung. Die Fachdienste Finanzen, Wirtschaft und Steuern, Bauverwaltung und öffentlichen Flächen sowie das Justizariat haben bereits ihre Teilnahme bestätigt. Die Teilnahme der Gremiumsmitglieder am Termin ist wünschenswert, aber keine Pflicht.

Zum Sitzungsplan 2024 berichtet die Vorsitzende, dass die Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss vom 03.10.2024 auf den 07.10.2024 verschoben wird. Sollte es hierzu Wünsche oder Anregungen geben, bittet sie um Bekanntgabe beim Stadt-/Ratspräsidenten.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Kärger
Petra Kärger

Protokollführung:

gez. Schlüter
Mara Katharina Schlüter

